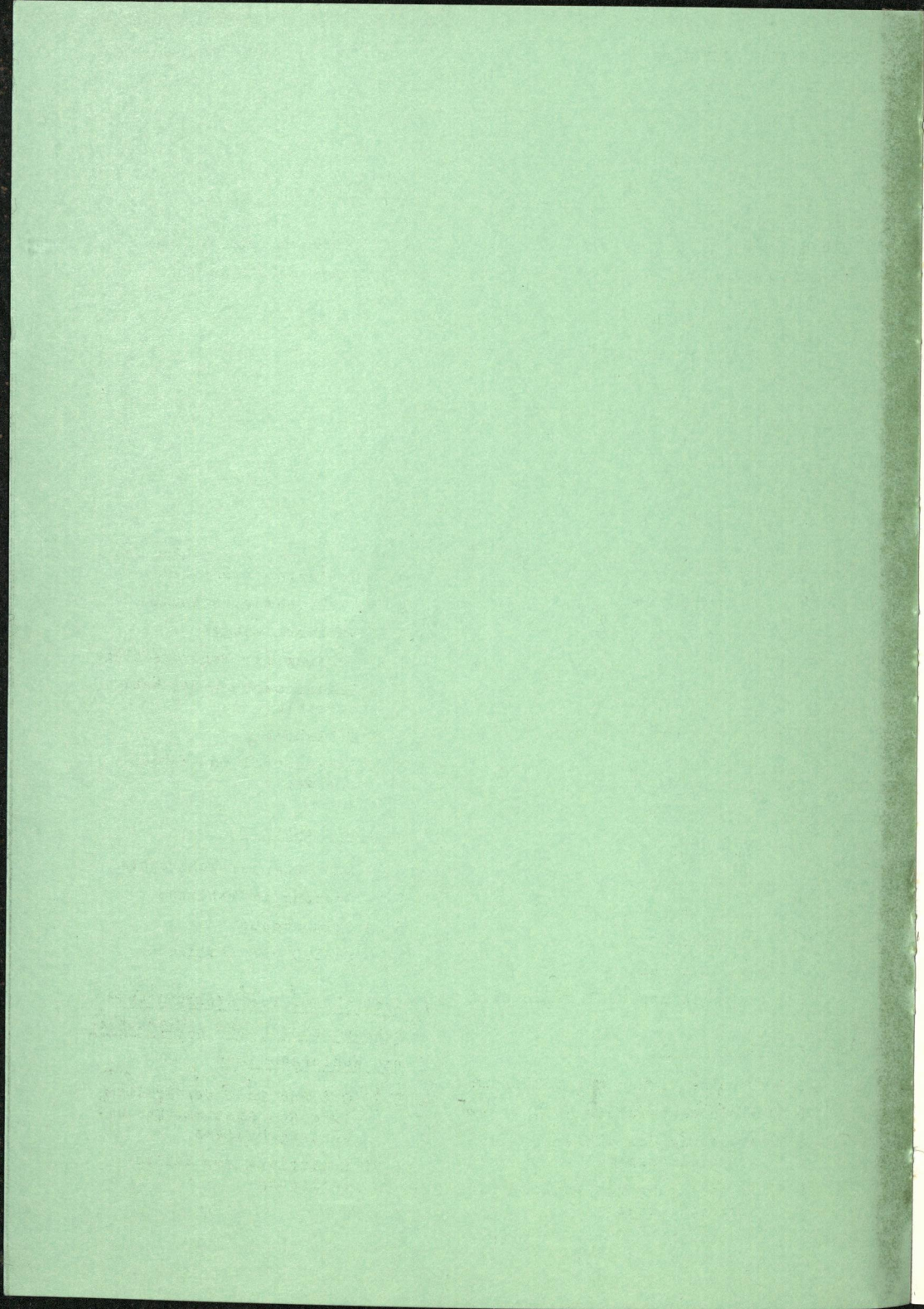


**universität
stuttgart**

WAHLORDNUNG



Der Rektor

Wahlordnungfür die Wahlen zumGroßen Senat, Senat und zu den Fakultäten

Aufgrund von § 25 Abs. 1 HSchG erlasse ich mit Zustimmung des Kultusministeriums vom 11.12.1973 Nr. H 7004-2/1 folgende Wahlordnung:

Teil A Großer Senat und Senat (Seite 3 bis 30)

Teil B Fakultäten (Seite 31 bis 37)

Inhaltsübersicht

=====

Teil A Großer Senat und Senat

=====

I. Wahlgrundsätze

- § 1 Wahlmodus
- § 2 Verpflichtung zur organisatorischen Mitarbeit
- § 3 Wahlrecht und Wählbarkeit

II. Amtszeit und Zeitpunkt der Wahl

- § 4 Wahltermin
- § 5 Wahldauer und gemeinsame Durchführung von mehreren Wahlen

III. Wahlorgane

- § 6 Wahlorgane
- § 7 Wahlleiter
- § 8 Wahlausschuß
- § 9 Aufgaben des Wahlausschusses

IV. Wahlvorbereitung

- § 10 Bekanntmachung der Wahlen
- § 11 Wählerverzeichnis
- § 12 Auflegung des Wählerverzeichnisses
- § 13 Berichtigung des Wählerverzeichnisses

- § 14 Endgültiger Abschluß des Wählerverzeichnisses
- § 15 Wahlbenachrichtigung
- § 16 Wahlvorschläge
- § 17 Prüfung der Wahlvorschläge
- § 18 Bekanntmachung der Wahlvorschläge
- § 19 Wahlräume
- § 20 Stimmzettel und Wahlumschläge

V. Wahldurchführung

- § 21 Ausübung des Wahlrechts
- § 22 Ordnung im Wahlraum
- § 23 Stimmabgabe
- § 24 Schluß der Abstimmung

VI. Ermittlung, Feststellung und Bekanntmachung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse

- § 25 Ort und Zeit der Ermittlung des Abstimmungs- und Wahlergebnisses
- § 26 Ermittlung der Wahlbeteiligung

Die deutsche Sprache

Dr. H. H. H.

Göttingen, den 20. Oktober 1917

Sehr geehrte Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu berichten, dass ich die von Ihnen beauftragte Arbeit über die deutsche Sprache fertiggestellt habe. Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert: I. Die deutsche Sprache im Allgemeinen, II. Die deutsche Sprache im Besonderen, III. Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen.

Teil I. Die deutsche Sprache im Allgemeinen (Seite 1-10)

Teil II. Die deutsche Sprache im Besonderen (Seite 11-20)

Teil III. Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen (Seite 21-30)

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

Die deutsche Sprache im Allgemeinen

Die deutsche Sprache im Besonderen

Die deutsche Sprache im Vergleich mit anderen Sprachen

- § 27 Ungültige Stimmzettel
- § 28 Ungültige Stimmen
- § 29 Feststellung des Abstimmungsergebnisses
- § 30 Verhältniswahl: Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge
- § 31 Verhältniswahl: Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber
- § 32 Mehrheitswahl: Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber
- § 33 Wahlniederschrift
- § 34 Bekanntmachung des Wahlergebnisses
- § 35 Nachrücken von Ersatzmitgliedern
- § 36 Ergänzungswahlen

VII. Wahlprüfung

- § 37 Wahlprüfung

Teil B Fakultäten

=====

- | | |
|--|--------------------------------|
| § 38 Wahlgrundsätze | § 45 Wahlvorschläge |
| § 39 Amtszeit und Zeitpunkt der Wahlen | § 46 Wahlrecht und Wählbarkeit |
| § 40 Wahlorgane | § 47 Stimmzettel |
| § 41 Zusammensetzung der Fakultäten | § 48 Durchführung der Wahl |
| § 42 Bekanntmachung der Wahlen | § 49 Gültigkeit der Wahl |
| § 43 Wählerverzeichnis | § 50 Wahlprüfung |
| § 44 Berichtigung des Wählerverzeichnisses | § 51 Anzuwendende Bestimmungen |

Schlußbestimmungen

=====

- § 52 Bestimmung von Fristen
- § 53 Außerkrafttreten der bisherigen Wahlordnung
- § 54 Inkrafttreten

§ 27 Wahlberechtigte

§ 28 Wahlberechtigte

§ 29 Feststellung des Abstammungszeugnisses

§ 30 Wahlberechtigte: Feststellung der Liste und die Wahlberechtigte

§ 31 Wahlberechtigte: Feststellung der Liste und die einzelnen Bewerber

§ 32 Wahlberechtigte: Feststellung der Liste und die einzelnen Bewerber

§ 33 Wahlberechtigte

§ 34 Bestimmung des Wahlbezirks

§ 35 Bestimmung des Wahlbezirks

§ 36 Bestimmung des Wahlbezirks

VII. Wahlverfahren

§ 37 Wahlverfahren

Teil 2. Wahlverfahren

§ 38 Wahlverfahren

§ 39 Wahlverfahren

§ 40 Wahlverfahren

§ 41 Wahlverfahren

§ 42 Wahlverfahren

§ 43 Wahlverfahren

§ 44 Wahlverfahren

§ 45 Wahlverfahren

§ 46 Wahlverfahren

§ 47 Wahlverfahren

§ 48 Wahlverfahren

§ 49 Wahlverfahren

Wahlverfahren

§ 50 Wahlverfahren

§ 51 Wahlverfahren

§ 52 Wahlverfahren

§ 53 Wahlverfahren

§ 54 Wahlverfahren

§ 55 Wahlverfahren

§ 56 Wahlverfahren

§ 57 Wahlverfahren

Teil A Großer Senat und Senat

=====

I. Wahlgrundsätze

=====

§ 1 Wahlmodus

Die Wahl wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt (§ 25 Abs. 1 HSchG). Die Wahlen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.

§ 2 Verpflichtung zur organisatorischen Mitarbeit

- (1) Die Fachbereiche, Institute und übrigen Universitätseinrichtungen wirken bei der Organisation der Wahl mit und stellen im Bedarfsfall Räume und Personal zur Verfügung.
- (2) Alle Mitglieder der Universität sind verpflichtet, auf Anforderung des Wahlleiters bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wahl mitzuarbeiten.

§ 3 Wahlrecht und Wählbarkeit

- (1) Wahlberechtigt und wählbar sind alle die in § 11 Abs. 1 Ziffer 1 - 4 und 6 HSchG aufgeführten und die ihnen nach § 11 Abs. 2 HSchG gleichgestellten Personen, die am Tage der Bekanntmachung der Wahl Mitglieder der Universität oder ihnen gleichgestellt und in das Wählerverzeichnis eingetragen sind.

Wahlgrundsätze

§ 1 Wahlrecht

Die Wahl wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführte (§ 25 Abs. 1 Nr. 1). Die Wähler sind alle deutsche, volljährige, freie, nicht verurteilte Männer und Frauen.

§ 2 Verhältniswahl zur repräsentativen Demokratie

- (1) Die Landesparlament, Landtage und Kreistage repräsentieren die Wähler in der Landesversammlung der Wahl mit und stellen im Parlament die Abgeordneten und Beamten der Verwaltung.
- (2) Alle Mitglieder der Landesparlament sind verfassungsmäßig, auf Empfehlung des Wahlkreises bei der Vorbereitung der Landesversammlung der Wahl einbezogen.

§ 3 Wahlkreis und Wahlkreis

- (1) Wahlkreise sind nach der Größe der Bevölkerung und der Fläche in 1 bis 10 Wahlkreise unterteilt und sollen die gleiche Anzahl von Wählern umfassen. Die Wahlkreise sollen die gleiche Anzahl von Wählern umfassen, die die gleiche Anzahl von Wählern umfassen. Die Wahlkreise sollen die gleiche Anzahl von Wählern umfassen.

- (2) Gewählte Mitglieder der Universität, welche kraft Amtes Mitglied des Großen Senats oder Senats sind, üben ihr Wahlmandat in der Zeit während sie kraft Amtes Mitglied eines dieser beiden Gremien sind, nicht aus.

II. Amtszeit und Zeitpunkt der Wahl
=====

§ 4 Wahltermin

Die Amtszeit der Mitglieder des Großen Senats und Senats beginnt jeweils am 1. April. Die Wahl erfolgt im vorhergehenden Semester. Der Rektor legt den Wahltermin fest.

§ 5 Wahldauer und gemeinsame Durchführung von mehreren Wahlen

- (1) Die Wahl findet an drei aufeinanderfolgenden Vorlesungstagen jeweils von 9.00 - 16.00 Uhr statt.
- (2) Die Wahlen zum Senat, Großen Senat und Studentenparlament werden zusammen durchgeführt. Die Wahlorgane nach § 6 WO sind für die Wahl zum Senat und Großen Senat identisch.

III. Wahlorgane

§ 6 Wahlorgane

Wahlorgane sind der Wahlleiter und der Wahlausschuß.

§ 7 Wahlleiter

Wahlleiter ist der Rektor. Zur Erledigung seiner Aufgaben bestellt er einen Wahlbeauftragten.

(2) Gewählte Mitglieder der Universität, welche kraft Amtes Mitglied des Großen Senats oder Senats sind, über ihn Wahlmandat in der Zeit während die Kraft Amtes Mitglied eines dieser beiden Gremien sind, ablos sein.

III. Amtszeit und Zeitpunkt der Wahl

§ 4 Wahltermin

Die Amtszeit der Mitglieder des Großen Senats und Senats beginnt jeweils am 1. April. Die Wahl erfolgt im vorhergehenden Semester. Der Rektor legt dem Wahlmännchen fest.

§ 5 Wahlverfahren und gemeinsame Bestimmungen von mehreren

Wahlen

- (1) Die Wahl findet an drei aufeinanderfolgenden Vorwahlen-Tagen jeweils von 8.00 - 18.00 Uhr statt.
- (2) Die Wahlen zum Wahlmännchen, Senat und Großen Senat werden getrennt durchgeführt. Die Verfahren nach § 6 WO sind für die Wahl zum Senat und Großen Senat identisch.

III. Wahlverfahren

§ 6 Wahlverfahren

Wahlverfahren sind der Wahlmännchen und der Wahlmännchen.

§ 7 Wahlverfahren

Wahlverfahren des Rektors. Die Wahlprüfung erfolgt in der Wahlprüfung von einem Wahlmännchen.

§ 8 Wahlausschuß

- (1) Der Wahlausschuß besteht aus zwei vom Rektor bestellten Mitgliedern und dem Wahlbeauftragten. Für die Mitglieder des Wahlausschusses sind gleichzeitig Stellvertreter zu bestellen.
- (2) Wahlbewerber können nicht Mitglieder oder Stellvertreter des Wahlausschusses sein. Die Mitglieder des Wahlausschusses und deren Stellvertreter werden aus dem Kreis der Universitätsmitglieder bestellt.
- (3) Die Mitglieder des Wahlausschusses und ihre Stellvertreter werden vom Rektor auf gewissenhafte und unparteiische Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.

§ 9 Aufgaben des Wahlausschusses

Der Wahlausschuß führt zusammen mit dem Wahlleiter die Gesamtaufsicht über die Wahl und sichert die technische Vorbereitung und Durchführung.

IV. Wahlvorbereitung

§ 10 Bekanntmachung der Wahlen

Der Wahlleiter hat spätestens am 35. Tag vor dem Beginn der Wahl diese durch Anschlag bekanntzumachen. Die Bekanntmachung muß enthalten:

1. Die Wahltag;
2. Die Abstimmungszeit;
3. Die Lage der Wahlräume;

Wahlverfahren § 3

(1) Der Wahlgang besteht aus zwei von einem Wahlgangsausschuss bestimmten Mitgliedern und den Wahlberechtigten. Die Mitglieder des Wahlgangsausschusses sind gleichzeitig Wahlberechtigte zu sein.

(2) Wahlberechtigte können nicht Mitglieder oder Stellvertreter des Wahlgangsausschusses sein. Die Mitglieder des Wahlgangsausschusses sind nach dem Wahlgang zu bestimmen.

(3) Die Mitglieder des Wahlgangsausschusses sind ihre Stellvertreter zu bestimmen. Die Mitglieder des Wahlgangsausschusses sind nach dem Wahlgang zu bestimmen.

Aufgaben des Wahlgangsausschusses § 4

Der Wahlgangsausschuss führt zusammen mit dem Wahlleiter die Gesamtschau über die Wahl und nimmt die notwendigen Vorkehrungen und Anordnungen.

Wahlverfahren IV.

Bekanntmachung der Wahl § 10

Der Wahlleiter hat spätestens am 15. Tag vor der Wahl der Wahl diese durch Anschlag bekanntzumachen. Die Bekanntmachung muss enthalten:

1. Die Wahlzeit;
2. Die Wahlberechtigung;
3. Die Lage der Wahllokale;

4. Die Zahl der von den einzelnen Wählergruppen zu wählenden Mitglieder;
5. Daß aufgrund von Wahlvorschlägen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Verhältniswahl bzw. der Mehrheitswahl gewählt wird (§ 25 Abs. 1 Satz 4 HSchG);
6. Die Aufforderung, spätestens am 17. Tag vor dem ersten Wahltag Wahlvorschläge (s. § 16 WO) beim Wahlleiter einzureichen, wobei Form und Hinweise auf den Inhalt der Wahlvorschläge anzugeben sind;
7. Daß nur durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum gewählt werden kann und daß jeweils nur mit amtlichen Stimmzetteln abgestimmt werden darf;
8. Daß nur wählen kann, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist bzw. eine Wahlbenachrichtigung erhalten hat;
9. Daß Studenten mit dem Studentenausweis, versehen mit der gültigen Semestermarke, wählen können;
10. Daß ein Wahlberechtigter, der verschiedenen Wahlgruppen angehört, nur in einer Gruppe wahlberechtigt ist, und
11. einen Hinweis auf Ort und Zeit der Auslegung des Wählerverzeichnisses (s. § 12 WO).

§ 11 Wählerverzeichnis

- (1) Das Wählerverzeichnis wird vom Wahlleiter aufgestellt.
- (2) In das Wählerverzeichnis werden alle Wahlberechtigten getrennt nach Wählergruppen, mit Ausnahme der wahlberechtigten Studenten, eingetragen. Wahlberechtigte, die verschiedenen Wahlgruppen angehören, werden nur bei einer Wahlgruppe eingetragen.

4. Die Zahl der von den einzelnen Wahlgruppen an

Wahlberechtigten

5. Das auf Grund von Wahlberechtigten unter Berücksichtigung

Grund der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit der Wahl-

berechnung bestimmt wird (§ 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1)

6. Die Anzahl der Wahlberechtigten an 17. Tag vor der

ersten Wahlberechtigung (§ 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)

Wahlberechtigten anzureichen, wobei die Wahlberechtigten

auf den Inhalt der Wahlberechtigten anzureichen sind

7. Das nur durch persönliche Einmündung an Wahlbere-

chtigung werden kann und das jeweils nur mit einer

den Wahlberechtigten bestimmt werden darf

8. Das nur wählen kann, vor in den Wahlberechtigten

bestehen ist das eine Wahlberechtigten an-

reihen mit

9. Das Ergebnis der Wahlberechtigten anzureichen mit

der gültigen Wahlberechtigung, wählen kann

10. Das die Wahlberechtigten, der Wahlberechtigten Wahlgruppen

angeordnet, vor in einer Gruppe Wahlberechtigt ist, und

11. einen Beweis auf der Zeit der Ausgabe der Wahl-

berechtigten (§ 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1)

12. einen Beweis auf der Zeit der Ausgabe der Wahl-

13. Wahlberechtigten

(1) Die Wahlberechtigten wird von Wahlberechtigten festgestellt

(2) In den Wahlberechtigten werden alle Wahlberechtigten

bestimmt nach Wahlgruppen, die Wahlberechtigten

bestimmen, die Wahlberechtigten, die Wahlberechtigten

bestimmen, die Wahlberechtigten, die Wahlberechtigten

bestimmen, die Wahlberechtigten, die Wahlberechtigten

Wahlgruppen anzureichen

(3) Das Wählerverzeichnis muß Spalten für folgende Angaben enthalten:

1. Lfd. Nummer;
2. Familienname;
3. Vorname;
4. Amts- oder Berufsbezeichnung;
5. Institutszugehörigkeit;
6. Gruppenzugehörigkeit;
7. Vermerk für Stimmabgabe: Großer Senat;
8. Vermerk für Stimmabgabe: Senat;
9. Bemerkungen.

- (4) Für die Wahl zum Großen Senat und Senat wird ein einheitliches Wählerverzeichnis für jede Wählergruppe aufgestellt.
- (5) Das Wählerverzeichnis ist vor der Auflegung vorläufig abzuschließen und vom Wahlausschuß unter Angabe des Datums als richtig und vollständig zu beurkunden. Die Beurkundung ist am Schluß der Eintragung zu vollziehen.
- (6) Die Eintragung eines Universitätsmitglieds oder einer der ihm gem. § 11 Abs. 2 HSchG gleichgestellten Person in das Wählerverzeichnis kann nicht mehr vorgenommen werden, wenn die Einstellung, die Ernennung oder die Aufnahme der Tätigkeit an der Universität nach dem vorläufigen Abschluß des Wählerverzeichnisses erfolgt. Ändert sich die Zugehörigkeit eines Wahlberechtigten zu einer Wählergruppe nach dem vorläufigen Abschluß des Wählerverzeichnisses, so übt er das Wahlrecht in der Gruppe aus, der er bis zu diesem Zeitpunkt angehörte.

(3) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

enthalten:

1. Die Wahlkreisgrenzen;
2. Die Wahlkreise;
3. Die Wahlkreise;
4. Die Wahlkreise;
5. Die Wahlkreise;
6. Die Wahlkreise;
7. Die Wahlkreise;
8. Die Wahlkreise;
9. Die Wahlkreise.

(4) Für die Wahl zum Bundestag sind zwei Wahlkreise zu bilden, die die gleiche Anzahl von Wahlberechtigten umfassen.

(5) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(6) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(7) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(8) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(9) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(10) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(11) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(12) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(13) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(14) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

(15) Das Wahlverfahren ist nach folgendem Schema zu beschreiben:

§ 12 Auflegung des Wählerverzeichnisses

- (1) Das Wählerverzeichnis ist mindestens am 17. Tag vor dem ersten Wahltag während der Dienststunden beim Rektorat für 7 Tage zur Einsicht durch die Universitätsmitglieder und der nach § 11 Abs. 2 HSchG gleichgestellten Personen aufzulegen.
- (2) Die Auflegung ist in die Wahlbekanntmachung mitaufzunehmen und muß folgendes enthalten:
 1. Wo, wie lange und während welcher Stunden das Verzeichnis zur Einsicht aufgelegt ist,
 2. bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Berichtigungen oder Ergänzungen beantragt werden können,
 3. daß nur wählen darf, wer in dem Wählerverzeichnis eingetragen ist,
 4. daß nach Ablauf der Auflegungsfrist ein Antrag auf Berichtigung oder Ergänzung des Wählerverzeichnisses nicht mehr zulässig ist.

§ 13 Berichtigung des Wählerverzeichnisses

- (1) Das Wählerverzeichnis kann bis zum Ablauf der Auflegungsfrist von Amts wegen berichtigt oder ergänzt werden.
- (2) Jedes Universitätsmitglied bzw. eine nach § 11 Abs. 2 HSchG gleichgestellte Person, die das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann dessen Berichtigung während der Dauer der Auflegung beantragen. Es hat die erforderlichen Beweise beizubringen, sofern die behaupteten Tatsachen nicht amtsbekannt oder offenkundig sind. Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Über den Berichtigungsantrag entscheidet der Wahlleiter. Den

§ 12 Aufhebung des Wahlverweises

(1) Das Wahlverweiskennzeichen ist mindestens am 17. Tag vor dem ersten Wahltag während der Dienststunden beim Wahlamt einzuweisen. Der Wahlamt ist durch die Wahlverweiskennzeichen und das nach § 11 Abs. 2 Nr. 2 bezeichnete Personalausweis zu belegen.

(2) Die Aufhebung ist in die Wahlverweiskennzeichen einzuzeichnen und nachfolgendes anzufügen:

1. Wo, wie lange und während welcher Stunden das Wahlamt als zur Wahlberechtigung ist;
2. Die zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle die Wahlberechtigung oder Erhaltung der Wahlberechtigung bewiesen werden kann;
3. Das zur Wahlberechtigung ist, was in dem Wahlverweiskennzeichen einzuzeichnen ist;
4. Das nach Ablauf der Aufhebungsfrist ein Antrag auf die Wahlberechtigung oder Erhaltung des Wahlverweiskennzeichens nicht mehr zulässig ist.

§ 13 Bezeichnung des Wahlverweises

(1) Das Wahlverweiskennzeichen kann die nach Ablauf der Aufhebungsfrist von Amts wegen zurückgelegt oder ergänzt werden.

(2) Jedes Wahlverweiskennzeichen kann eine nach § 11 Abs. 2 Nr. 2 bezeichnete Person, die das Wahlverweiskennzeichen einzuzeichnen ist, bezeichnen. Die Wahlverweiskennzeichen sind nachfolgend anzufügen:

1. Wo, wie lange und während welcher Stunden das Wahlamt als zur Wahlberechtigung ist;

2. Die zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle die Wahlberechtigung bewiesen werden kann;

3. Das zur Wahlberechtigung ist, was in dem Wahlverweiskennzeichen einzuzeichnen ist;

4. Das nach Ablauf der Aufhebungsfrist ein Antrag auf die Wahlberechtigung oder Erhaltung des Wahlverweiskennzeichens nicht mehr zulässig ist.

Betroffenen ist vor einer beabsichtigten, ablehnenden Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung ist dem Antragsteller bzw. dem Betroffenen zuzustellen.

- (3) Nach Ablauf der Auflegungsfrist bis zum endgültigen Abschluß des Wählerverzeichnisses können Eintragungen und Streichungen nur im Berichtigungsverfahren vorgenommen werden.

§ 14 Endgültiger Abschluß des Wählerverzeichnisses

- (1) Das Wählerverzeichnis ist vom Wahlleiter am 10. Tag vor dem ersten Wahltag unter Berücksichtigung der im Berichtigungsverfahren ergangenen Entscheidungen endgültig abzuschließen.
- (2) Dabei ist im Wählerverzeichnis vom Wahlleiter zu beurkunden:
1. Die Zahl der eingetragenen Wahlberechtigten für jede Wahlgruppe;
 2. Die Zahl der Anträge im Berichtigungsverfahren.
- Die Beurkundung ist mit Ort, Datum und Unterschrift abzuschließen.
- (3) Stellt der Wahlleiter aufgrund des Wählerverzeichnisses fest, daß einer Wählergruppe nicht mehr Wahlberechtigte angehören, als von diesen Mitglieder zu wählen sind, unterbleibt für diese Wählergruppe eine Wahl und die im Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten sind ohne Wahl Mitglieder des betreffenden kollegialen

Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

(3) Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

(2) Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.
Die Kommission ist vor allem darauf bedacht, die
Ergebnisse der Arbeit der Kommission zu veröffentlichen.

Gremiums (§ 25 Abs. 3 HSchG). Die Betroffenen sind hiervon zu verständigen.

§ 15 Wahlbenachrichtigung

Jeder Wahlberechtigte, der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält eine Wahlbenachrichtigung. Die Wahlbenachrichtigung soll bei der persönlichen Stimmabgabe im Wahllokal vorgelegt werden. Die Wahlbenachrichtigung soll folgende Angaben enthalten:

1. Familienname
2. Vorname
3. Amts- oder Berufsbezeichnung
4. Wahlgruppe
5. Wahltermin
6. Lage der Wahllokale
7. Abstimmungszeit .

§ 16 Wahlvorschläge

- (1) Die Wahlvorschläge für die Wahlen zum Großen Senat und Senat sind jeweils für die einzelnen Wahlgruppen getrennt bis spätestens am 17. Tag vor dem ersten Wahltag bis 16.00 Uhr beim Wahlleiter bzw. an dem vom Wahlausschuß festgesetzten Ort einzureichen.
- (2) Für die Wahl zum Großen Senat sind die Wahlvorschläge der Angehörigen der Gruppe
 1. nach § 27 Abs. 1 Nr. 1 HSchG (ordentliche und außerordentliche Professoren);

Gründung (25. April 1920). Die Gesellschaft wurde...

hinsichtlich der Verfassung...

Verfassung

1. Zweck und Aufgabe der Gesellschaft...

2. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...
3. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...
4. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

5. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

6. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

7. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

8. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

9. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

10. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

11. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

12. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

13. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

14. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

15. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

16. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

17. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

18. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

19. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

20. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

21. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

22. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

23. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

24. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

25. Die Mitglieder der Gesellschaft sind...

2. nach § 27 Abs. 1 Nr. 2, 4, 5 und 6 HSchG (Wiss. Räte, apl. Professoren, Universitätsdozenten und Privatdozenten);
3. nach § 27 Abs. 2 Nr. 1 und 2 HSchG (Direktoren der zentralen Unieinrichtungen, Akad. Räte u.a.);
4. nach § 27 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HSchG (Wiss. Assistenten u.a.);

von mindestens zehn Wahlberechtigten zu unterzeichnen.

Wahlvorschläge der Studenten und des techn.- und Verwaltungspersonals sind von jeweils 50 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe zu unterzeichnen.

- (3) Für die Wahl zum Senat sind die Wahlvorschläge sämtlicher Gruppen jeweils von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe zu unterzeichnen.
- (4) Die Unterzeichner eines Wahlvorschlages müssen ihre Namen in Block- oder Maschinenschrift wiederholen und dazu ihre Anschriften und ihre Gruppenzugehörigkeit angeben; Studenten geben außerdem noch ihre Matrikelnummer an. Über die Personen der Unterzeichner dürfen keine Zweifel bestehen. Jeder Wahlberechtigte kann für dieselbe Wahl nur einen Wahlvorschlag seiner Gruppe unterzeichnen. Hat ein Wahlberechtigter für die Wahl mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnet, so ist sein Name in allen eingereichten Wahlvorschlägen zu streichen. Wahlbewerber können gleichzeitig Unterzeichner sein.
- (5) Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher der Unterzeichner zur Vertretung gegenüber dem Wahlausschuß

und zur Entgegennahme der Erklärungen und Entscheidungen des Wahlausschusses berechtigt ist (Vertreter des Wahlvorschlags) und wer ihn im Fall seiner Verhinderung vertritt. Fehlt hierüber eine Angabe, so gilt der an erster Stelle stehende Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags. Er wird von dem an zweiter Stelle stehenden Unterzeichner vertreten. Mitglieder und Stellvertreter des Wahlausschusses können nicht Vertreter oder Stellvertreter eines Wahlvorschlags sein.

- (6) Ein Wahlvorschlag darf höchstens doppelt so viel Bewerber enthalten, wie Mitglieder in den einzelnen Gruppen zu wählen sind. Mit dem Wahlvorschlag ist das schriftliche Einverständnis des Bewerbers für seine Kandidatur und seine Versicherung im Falle der Wahl diese anzunehmen, einzureichen. Ein Bewerber darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge aufnehmen lassen.
- (7) Der Wahlvorschlag soll mit einem Kennwort versehen sein. In den Wahlvorschlägen sind die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge mit Familien- und Vorname, Amts- oder Berufsbezeichnung, Institutszugehörigkeit, bei Studenten Studienrichtung und Matrikelnummer so aufzuführen, daß über ihre Person kein Zweifel besteht.
- (8) Die Zurücknahme von Wahlvorschlägen, Unterschriften für einen Wahlvorschlag und von Zustimmungserklärungen von Bewerbern ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge zulässig.

von der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
von der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
von der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
von der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
von der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz

den Wahlvorschlüssen. In die von der zweiten Kammer
aufgestellten Landesregierungen von Rheinprovinz und Provinz
aufgestellten Landesregierungen von Rheinprovinz und Provinz
aufgestellten Landesregierungen von Rheinprovinz und Provinz
aufgestellten Landesregierungen von Rheinprovinz und Provinz

(6) Die Wahlvorschlüsse der Landesregierungen der Rheinprovinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz

(7) Die Wahlvorschlüsse der Landesregierungen der Rheinprovinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz

(8) Die Landesregierungen der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz

Die Landesregierungen der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz
sind in der Landesregierung der Rheinprovinz und der Provinz

- (9) Auf dem Wahlvorschlag hat der Wahlleiter Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Etwaige Mängel sind dem Vertreter des Wahlvorschlags unverzüglich mitzuteilen und er ist aufzufordern, unverzüglich die Anstände zu beseitigen.
- (10) Wird die Einreichungsfrist versäumt, fehlen die erforderlichen Unterschriften oder Zustimmungserklärungen, oder sind sie oder der ganze Wahlvorschlag unter einer Bedingung abgegeben, können diese Anstände nach Ablauf der Einreichungsfrist nicht mehr behoben werden.

§ 17 Prüfung der Wahlvorschläge

- (1) Der Wahlausschuß entscheidet spätestens am 14. Tag vor dem ersten Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Über die Verhandlung ist eine Niederschrift zu fertigen.
- (2) Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die
1. nicht rechtzeitig eingereicht wurden,
 2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten,
 3. nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter unterzeichnet sind,
 4. mehr als die in § 16 Abs. 6 WO vorgeschriebene Höchstzahl an Bewerber enthalten.
- (3) In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerber zu streichen,
1. die so unvollständig bezeichnet sind, daß Zweifel über ihre Person bestehen können,

(2) Auf den Wahlberechnungen hat der Wahlleiter vor dem Beginn des Zählens zu versichern, dass die Wahlberechnungen mit den Wahlberechnungen der Wahlberechtigten übereinstimmen und er bei Unstimmigkeiten, insbesondere die Anzahl der Stimmen zu korrigieren.

(10) Wird die Wahlberechnung festgestellt, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren, wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten nicht mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen. Wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten nicht mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren.

2.7. Prüfung der Wahlberechnungen

(1) Der Wahlleiter hat zu prüfen, ob die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen. Wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten nicht mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren.

(2) Wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren. Wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten nicht mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren.

Wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren.

(3) In den Wahlberechnungen sind die Wahlberechtigten zu korrigieren. Wenn die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten nicht mit den Wahlberechnungen des Wahlleiters übereinstimmen, so hat der Wahlleiter die Wahlberechnungen der Wahlberechtigten zu korrigieren.

2. deren Zustimmungserklärung fehlt oder nicht rechtzeitig oder unter einer Bedingung eingegangen ist,
 3. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Organs aufgeführt sind,
 4. die ihre Zustimmungserklärung vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen haben oder
 5. die offensichtlich nicht wählbar sind.
- (4) Ist kein Kennwort angegeben, wird der Wahlvorschlag nach dem Namen des ersten Bewerbers benannt.
- (5) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen oder ein Bewerber gestrichen, sind die getroffenen Entscheidungen dem Vertreter des Wahlvorschlags sowie dem Betroffenen unverzüglich zuzustellen.

§ 18 Bekanntmachung der Wahlvorschläge

- (1) Spätestens am 7. Tag vor dem ersten Wahltag gibt der Wahlleiter die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt. Die Plakate sollen bis zum Abschluß der Wahlhandlung aushängen.
- (2) Bei der Wahl zum Großen Senat ist zu beachten:
- Grundsätzlich findet bei der Wahl zum Großen Senat Verhältniswahl statt (§ 25 Abs. 1 HSchG und § 13 Abs. 4 Grundordnung). Die zugelassenen Wahlvorschläge sind in der Reihenfolge ihres Eingangs getrennt nach Wahlgruppen aufzuführen. Ist kein Wahlvorschlag für eine bestimmte Wahlgruppe eingegangen oder ist nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht worden, oder enthalten die eingereichten Wahlvorschläge zusammen nicht doppelt so viel

Bewerber wie Mitglieder zu wählen sind, ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß für die betreffende Wahlgruppe Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber stattfindet.

- (3) Bei der Verhältniswahl ist mit der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß der Wahlberechtigte
1. nur mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abstimmen darf,
 2. nur solche Bewerber wählen darf, die in die bekanntgemachten Wahlvorschläge seiner Wahlgruppe aufgenommen sind,
 3. Bewerber aus anderen Wahlvorschlägen seiner Wahlgruppe übernehmen kann,
 4. einem Bewerber nur eine Stimme geben darf (keine Stimmenhäufung),
 5. auf dem Stimmzettel höchstens so viele Stimmen abgeben darf, als Mitglieder seiner Wahlgruppe zu wählen sind,
 6. in der Art abstimmen soll, daß er
 - a) auf dem Stimmzettel die Namen der vorgedruckten Bewerber, denen er seine Stimme geben will, ankreuzt, oder
 - b) die Namen der vorgedruckten Bewerber, denen er seine Stimme nicht geben will, durchstreicht.

Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, daß die Sitzverteilung nach dem d'Hondtschen-Höchstzahlverfahren erfolgt.

- (4) Bei der Mehrheitswahl ist mit der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß der Wahlberechtigte

November, die Mitglieder zu wählen sind, hat in der
Bekanntmachung dem Bundespräsidenten, der für die be-
freilich Wahlberechtigte Wahlberechtigte eine Erklärung zu
die Verfügung, welche Bundespräsident ausstellt.

(3) Bei der Wahlberechtigung ist mit der Bestimmung
Bekanntmachung, dass der Wahlberechtigte
1. nur mit dem Bundespräsidenten und Bundespräsidenten
bestimmen soll.

2. nur solche Mitglieder sein, die in die Landes-
gesetzliche Wahlberechtigung setzen, welche eine gesetz-
lich sind.

3. Bundespräsident und Bundespräsident Wahlberechtigte
bestimmen sollen.
4. einen Bundespräsident nur eine Stimme geben, keine Stimme-
bestimmung.

5. auf den Bundespräsidenten, dessen die Wahlberechtigte abgeben
soll, die Wahlberechtigte eine Stimme geben zu wählen sind.
6. in der Wahlberechtigung soll, dass es

a) auf den Bundespräsident die Stimme der Wahlberechtigten
Bekanntmachung, dass es eine Stimme geben will, bestimmt,
oben.

b) die Stimme der Wahlberechtigten Bundespräsident, dessen es keine
Stimme nicht geben will, bestimmt.

Die Wahlberechtigung ist dem Bundespräsident, dass die Wahlberechtigung
nach dem Wahlberechtigten-Bekanntmachung bestimmt.

(4) Bei der Wahlberechtigung ist mit der Bestimmung, dass
Bekanntmachung, dass der Wahlberechtigte

1. nur mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abstimmen darf,
2. an die vorgeschlagenen Bewerber seiner Wahlgruppe nicht gebunden ist,
3. einem Bewerber nur eine Stimme geben darf (keine Stimmenhäufung),
4. in der Art abstimmen soll, daß er
 - a) die Namen der Bewerber, denen er seine Stimme geben will, ankreuzt oder
 - b) die Namen der Bewerber, denen er seine Stimme nicht geben will, durchstreicht und
 - c) die Namen der nicht vorgedruckten Bewerber, denen er seine Stimme geben will, unter unzweifelhafter Bezeichnung ihrer Person (Angabe, Familien- und Vorname, Amts- oder Berufsbezeichnung und dgl.) einträgt.

Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, daß die Bewerber einen Sitz erhalten, die die meisten gültigen Stimmen erhalten haben.

(5) Bei der Wahl zum Senat ist zu beachten:

Es ist darauf hinzuweisen, daß bei der Wahl zum Senat grundsätzlich Mehrheitswahl stattfindet (§ 19 Abs. 2 GO). Die Namen der Bewerber auf den zugelassenen Wahlvorschlägen werden in alphabetischer Reihenfolge getrennt nach Wählergruppen aufgeführt. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, daß der Wahlberechtigte

1. nur mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abstimmen darf,

2. an die vorgeschlagenen Bewerber gebunden ist,
 3. nur zwei Stimmen abgeben kann,
 4. einem Bewerber nur eine Stimme geben darf,
 5. in der Art abstimmen soll, daß er
 - a) die Namen der Bewerber, denen er seine Stimme geben will ankreuzt oder
 - b) die Namen der Bewerber, denen er seine Stimme nicht geben will, durchstreicht.
- (6) Sofern in einer Wahlgruppe kein Wahlvorschlag eingereicht wurde oder wenn die eingereichten und zugelassenen Wahlvorschläge weniger Bewerber enthalten als Mitglieder zu wählen sind, sind alle Mitglieder der betreffenden Wahlgruppe wählbar.
- (7) Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, daß die Bewerber einen Sitz erhalten, die die meisten gültigen Stimmen erhalten haben.

§ 19 Wahlräume

Der Wahlleiter bestimmt die Wahlräume und sorgt dafür, daß die Wähler die Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen und in den Wahlumschlag einlegen können. Für die Aufnahme der Wahlumschläge sind verschließbare Wahlurnen zu verwenden.

§ 20 Stimmzettel und Wahlumschläge

- (1) Bei der Abstimmung sind amtliche Stimmzettel zu verwenden. Die zugelassenen Wahlvorschläge der einzelnen Wahlgruppen

2. an die vorgeschriebenen Bewerber abgegeben ist;
3. nur zwei Stimmen abgegeben wurde;
4. einem Bewerber nur eine Stimme gegeben wurde;
5. in der Art zusammenzählen soll, daß er:
- a) die Stimmen der Bewerber, denen er seine Stimme geben will anrechnet oder
- b) die Stimmen der Bewerber, denen er seine Stimme nicht geben will, abgezugsweise anrechnet.
- (6) Sofern in einer Wahlgruppe keine Wahlvorstellung eingereicht wurde oder wenn die eingereichten und zugelassenen Wahlvorstellungen weniger Bewerber enthalten als Mitglieder der Wahlgruppe, sind alle Mitglieder der betreffenden Wahlgruppe wählen.
- (7) Gleichzeitig ist darauf hinzuwirken, daß die Bewerber eines Stimmbezirks, die die meisten Stimmen erhalten haben,

§ 19 Wahlkreis

Der Wahlkreis bestimmt die Wahlzone und sorgt dafür, daß die Wähler die Stimmzettel in Wahlkreisen abgegeben. Die Wahlkreise sind so zu ziehen, daß die Wahlkreise möglichst gleichmäßig besetzt sind und in den Wahlkreisen gleiche Chancen für die Kandidaten der Wahlkreise sind. Die Wahlkreise sind so zu ziehen, daß die Wahlkreise möglichst gleichmäßig besetzt sind und in den Wahlkreisen gleiche Chancen für die Kandidaten der Wahlkreise sind.

§ 20 Stimmzettel und Wahlverfahren

- (1) Bei der Abstimmung sind amtliche Stimmzettel zu verwenden. Die zugelassenen Wahlvorstellungen der einzelnen Wahlgruppen

sollen jeweils auf einem Stimmzettel zusammengefaßt werden. Die Stimmzettel müssen eine Spalte für die Stimmabgabe enthalten. Bei Mehrheitswahl nach § 18 Abs. 4 und 6 WO müssen die Stimmzettel die Möglichkeit zur Eintragung weiterer Namen bieten. Die Stimmzettel und die Wahlumschläge für die einzelnen Gremien können von verschiedener Farbe sein.

Die Wahlumschläge müssen amtlich gekennzeichnet und undurchsichtig sein.

- (2) Für die Herstellung der Stimmzettel sorgt der Wahlleiter. Er hat darauf zu achten, daß in den Wahlräumen Stimmzettel und Wahlumschläge in ausreichender Zahl bereitgehalten werden.

V. Wahldurchführung

=====

§ 21 Ausübung des Wahlrechts

- (1) Der Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur persönlich im Wahlraum ausüben. Wahlberechtigte, die durch körperliche Gebrechen gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.
- (2) Studenten weisen ihre Wahlberechtigung durch Vorlage des Studentenausweises, versehen mit der gültigen Semestermarke, nach. Die übrigen Wahlberechtigten können das Wahlrecht nur ausüben, wenn sie in das Wählerverzeichnis eingetragen sind.

solche jeweils auf einen Stimmzettel zusammengefaßt werden. Die Stimmzettel müssen eine Größe von 10 bis 15 cm haben. Bei Mehrstimmigkeit nach § 13 Abs. 1 und 2 wo mehrere Stimmzettel als möglich sind, kann eine Abstimmung weiterer Stimmen durch die Stimmzettel und die Wahlberechtigte für die einzelnen Gewinne können von verschiedenen Tischen vorgenommen werden. Die Wahlberechtigten müssen sich an der Abstimmung beteiligen und die Wahlberechtigte nach der Abstimmung abgegeben werden.

(2) Für die Herstellung der Stimmzettel sorgt der Wahlleiter. Er hat darauf zu achten, daß in den Wahlräumen Stimmzettel und Wahlberechtigte in ausreichender Zahl bereitgestellt werden.

V. Wahlverfahren

§ 21. Abstimmung der Wahlberechtigten

(1) Der Wahlberechtigte kann seine Wahlberechtigung nur persönlich im Wahlraum ausüben. Wahlberechtigter, die durch körperliche Geburten behindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

(2) Personen, welche ihre Wahlberechtigung durch Vorlage des Stimmzettels ausüben, werden als der gültigen Stimmzettel nach. Die übrigen Wahlberechtigten können den Wahlleiter anrufen, wenn sie in den Wahlberechtigten eingetragen sind.

§ 22 Ordnung im Wahlraum

Ein vom Wahlleiter beauftragtes Mitglied der Universität leitet die Abstimmung im Wahlraum und achtet darauf, daß sie ordnungsgemäß vor sich geht. Zur Sicherung der Erfüllung der ihm gesetzlich obliegenden Verpflichtungen übt dieser Beauftragte unbeschadet des Hausrechts des Rektors, an dem für seine Tätigkeit bestimmten räumlichen Bereich das Hausrecht aus und sorgt für die Freiheit der Wahl und die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Der Wahlraum darf während der ganzen Dauer der Abstimmung nicht abgeschlossen werden. Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt zum Wahlraum. Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen die Wahlhelfer im Wahlraum anwesend sein. Propaganda in Wort, Ton, Bild oder Schrift ist im Wahlraum nicht gestattet. Wer die Ruhe und Ordnung der Abstimmung stört, kann aus dem Wahlraum gewiesen werden. Handelt es sich bei dem Störer um einen Wahlberechtigten, ist ihm, sofern dies mit der Ordnung im Wahlraum vereinbar ist, vorher Gelegenheit zur Stimmabgabe zu geben.

Das Wählerverzeichnis kann während der Abstimmung nicht eingesehen werden. Die Wahlhelfer sind während der Abstimmung nicht zur Auskunftserteilung verpflichtet.

§ 23 Stimmabgabe

- (1) Am ersten Abstimmungstag unmittelbar vor dem Beginn der Wahl haben sich die Wahlhelfer und ggf. die Mitglieder des Wahlausschusses davon zu überzeugen, daß die Wahl-

urnen leer sind. Anschließend werden die Urnen verschlossen bzw. verplombt.

- (2) Nach dem Betreten des Wahlraums zum Zwecke der Stimmabgabe erhält der Wahlberechtigte die Stimmzettel und die Wahlumschläge durch einen Wahlhelfer ausgehändigt. Danach begibt sich der Wähler an die Abstimmvorrichtung und füllt den Stimmzettel aus und steckt diesen in den dafür vorgesehenen Wahlumschlag. Es darf jeweils nur ein Stimmzettel in einen Wahlumschlag gesteckt werden.

- (3) Der zuständige Wahlhelfer stellt die Wahlberechtigung (§ 21 Abs. 2 WO) fest und vermerkt die Stimmabgabe für das jeweilige Gremium im Wählerverzeichnis. Die Wahlbenachrichtigungen werden einbehalten. Bei den Studenten wird die Stimmabgabe im Studentenausweis bzw. auf der gültigen Semestermarke vermerkt. Für die Stimmabgabe bei den Studenten wird eine Strichliste geführt. Der zuständige Wahlhelfer soll unverzüglich nach Feststellung der Wahlberechtigung den Wahlumschlag in die Wahlurne einwerfen.

- (4) An den ersten beiden Wahltagen werden die Wahlurnen, Abstimmungsvorrichtungen und sonstigen Wahlunterlagen nach Beendigung der Abstimmungszeit von den Wahlhelfern an einem vom Wahlausschuß bestimmten sicheren und verschließbaren Ort aufbewahrt.

§ 24 Schluß der Abstimmung

- (1) Die jeweiligen Beauftragten in den Wahlräumen stellen den Ablauf der Abstimmungszeit für die Stimmabgabe im Wahlraum

unter zwei wird. Abschließend werden die Urnen ver-

schlossen bzw. verpackt.

(2) Nach dem Betreten des Wahlzimmers zum Zwecke der Stimm-

gabe erhält das Wahlberechtigende die Stimmzettel und die

Wahlumschläge durch einen Wahlhelfer ausgehändigt. Demnach

begibt sich der Wähler in die Abstimmkabine und stellt

den Stimmzettel aus und steckt diesen in den dafür vorg-

esehenen Wahlumschlag. Er darf jedoch nur ein Stimmzettel

in einen Wahlumschlag gesteckt werden.

(3) Der zuständige Wahlhelfer stellt die Wahlberechtigten

(§ 27 Abs. 2 WO) fest und vermerkt dies in der Stimm-

liste. Das jeweilige Ergebnis im Wahlbezirk wird in der

Stimmzettelzählung festgehalten. Bei den Stimm-

zählungen werden die Stimmzettel im Wahlbezirk aus-

gewertet. Für die Stimmzettel

bei den Stimmzählungen wird eine öffentliche Zählung

zuständige Wahlhelfer soll unter Aufsicht nach Fest-

legung der Wahlvorschriften der Wahlumschläge in der Wahl-

urne eingeworfen.

(4) In dem ersten beiden Wahlzettel werden die Wahl-

absichtsvorstellungen der Wahlberechtigten festgehalten

und die Wahlurne der Wahlurne von den Wahlhelfern

an einem von Wahlhelfern bestimmten Ort abgeben und fest-

gehalten. Der Wahlhelfer

§ 28: Wahl der Abgeordneten

(1) Die jeweiligen Beauftragten in der Wahlurne stellen den

Abstand der Abstimmungszeit für die Stimmzettel in der Wahl-

fest. Danach dürfen zur Stimmabgabe nur noch die zum Zeitpunkt dieser Feststellung im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt, erklärt der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen.

- (2) Nach Schluß der Abstimmung am letzten Wahltag haben die Beauftragten und die Wahlhelfer dafür zu sorgen, daß sämtliche Wahlurnen in den vom Wahlausschuß bestimmten Raum zur Ermittlung des Abstimmungs- und Wahlergebnisses gebracht werden.

VI. Ermittlung, Feststellung und Bekanntmachung des Abstimmungs-
=====
und Wahlergebnisses
=====

§ 25 Ort und Zeit der Ermittlung des Abstimmungs- und
Wahlergebnisse

- (1) Mit der Ermittlung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse wird unmittelbar nach Schluß der Abstimmung begonnen. Diese Arbeiten erfolgen in der Regel im Senatssaal. Der Wahlleiter und der Wahlausschuß führen die Aufsicht und sorgen für Ruhe und Ordnung bei der Ermittlung der Wahlergebnisse. Können die Abstimmungs- und Wahlergebnisse nicht am gleichen Tag ermittelt werden, vertagt der Wahlausschuß diese Arbeiten auf den nächsten Tag. In diesem Fall sind sämtliche Wahlunterlagen (Wahlurnen, Stimmzettel usw.) sorgfältig aufzubewahren. Unverzüglich am nächsten Tag ist mit diesen Arbeiten fortzufahren.

- (2) Die Ermittlung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse ist hochschulöffentlich.

§ 26 Ermittlung der Wahlbeteiligung

- (1) Unmittelbar nach Schluß der Abstimmung werden die Wahlumschläge den Wahlurnen entnommen und ungeöffnet gezählt. Ihre Zahl muß mit der Summe der Stimmabgabe-Vermerke im Wählerverzeichnis und in den Zähllisten für die Studenten übereinstimmen. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Niederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern. Nach der Zählung der Wahlumschläge wird die Wahlbeteiligung festgestellt.
- (2) Anschließend werden die Stimmzettel den Wahlumschlägen entnommen und auf ihre Gültigkeit geprüft. Wahlumschläge, die als nicht amtlich erkennbar oder leer sind, sowie ungültige Stimmzettel werden ausgesondert.

§ 27 Ungültige Stimmzettel

Ungültig und bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht in Anrechnung zu bringen sind Stimmzettel,

1. die sich in einem Wahlumschlag befinden, der als nicht amtlich erkennbar ist,
2. die beleidigende Bemerkungen über Bewerber, Dritte oder Behörden oder ein auf die Person des Wählers hinweisendes Merkmal oder einen Vorbehalt enthalten,
3. die als nicht amtlich erkennbar sind,

(2) Die Ermittlung der Abstammung und Verwandtschaft ist

hinsichtlich

§ 26 Ermittlung der Verwandtschaft

(1) Ermittelt man die Verwandtschaft, so ist die Verwandtschaft

schon nach dem Tode der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

(2) Nach dem Tode der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

§ 27 Ermittlung der Verwandtschaft

Erstlich nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

bestimmt, nach dem Stande der Person, die die Verwandtschaft

4. die ganz durchgerissen oder durchgestrichen sind,
5. aus denen sich der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt.

§ 28 Ungültige Stimmen

- (1) Ungültige Stimmen sind bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht in Anrechnung zu bringen.
- (2) Ungültig sind Stimmen,
 1. bei denen nicht erkennbar ist, für welchen Bewerber sie abgegeben wurden,
 2. wenn der Name des Gewählten auf dem Stimmzettel nicht lesbar, die Person des Gewählten aus dem Stimmzettel nicht zweifelsfrei erkennbar oder wenn gegenüber dem Gewählten eine Verwahrung oder ein Vorbehalt beigefügt ist,
 3. die bei Verhältniswahlen oder bei Mehrheitswahlen mit Bindung an die Wahlvorschläge (s. § 18 Abs. 5 WO) für Bewerber abgegeben worden sind, deren Namen auf keinem zugelassenen Wahlvorschlag stehen,
 4. die für Personen abgegeben sind, die nicht wählbar sind.
- (3) Stehen nach Streichung ungültiger Stimmen mehr Stimmen auf dem Stimmzettel als Bewerber zu wählen sind, so ist unter Beachtung des erkennbaren Willens des Wählers eine entsprechende Anzahl von Stimmen zu streichen. Im Zweifel sind die überzähligen Stimmen in der Reihenfolge von hinten zu streichen.

§ 29 Feststellung des Abstimmungsergebnisses

- (1) Für jede Wahlgruppe werden bei Verhältniswahl folgende Zahlen ermittelt:

1. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
2. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
3. die auf alle Bewerber eines jeden Wahlvorschlages entfallenen gültigen Stimmen,
4. die auf die einzelnen Bewerber entfallenen gültigen Stimmen.

Hat ein Wähler bei der Verhältniswahl Bewerber aus anderen Wahlvorschlägen übernommen, so sind die für diese Bewerber abgegebenen Stimmen bei den Wahlvorschlägen mitzuzählen, aus denen die Bewerber übernommen wurden.

- (2) Bei Mehrheitswahl wird für jede Wahlgruppe die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel und die für jeden Bewerber sowie die insgesamt abgegebene Zahl der gültigen Stimmen ermittelt.

§ 30 Verhältniswahl: Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge

Die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze werden nach dem Verhältnis der ihnen zugefallenen Gesamtstimmenzahl verteilt. Dabei sind die durch Übernahme eines Bewerbers in einen anderen Wahlvorschlag von diesem erlangte Stimmen bei seinem Wahlvorschlag m. zuzählen. Die Verteilung erfolgt in der Weise, daß diese Zahlen der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den dabei

§ 29 Fortsetzung der Wahlverfahrensregeln

(1) Für jede Wahlgruppe werden bei der Wahlentscheidung folgende

Regeln anzuwenden:

1. die Wahl der insgesamt abgegebenen gültigen und un-

gültigen Stimmzettel,

2. die Wahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimm-

zettel und die Wahl der insgesamt abgegebenen gültigen

abgegebenen gültigen Stimm-

3. die Wahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimm-

zettel.

Bei der Wahl der Wahlgruppe wird die Wahl der

Wahlgruppe bestimmt, so und die für diese

Wahlgruppe abgegebenen gültigen und un-

gültigen Stimmzettel, und die für diese abgegebenen gültigen

(2) Bei der Wahl der Wahlgruppe wird die Wahl der

Wahlgruppe bestimmt, so und die für diese

Wahlgruppe abgegebenen gültigen und un-

gültigen Stimmzettel.

§ 30 Fortsetzung der Wahlverfahrensregeln

Die auf die Wahlgruppe abgegebenen gültigen und un-

gültigen Stimmzettel, und die für diese abgegebenen gültigen

abgegebenen gültigen Stimmzettel, und die für diese

abgegebenen gültigen Stimmzettel, und die für diese

abgegebenen gültigen Stimmzettel, und die für diese

abgegebenen gültigen Stimmzettel, und die für diese

abgegebenen gültigen Stimmzettel, und die für diese

gefundenen, der Größe nach zu ordnenden Zahlen so viele Höchstzahlen ausgesondert werden, als Bewerber für die einzelne Wahlgruppe zu wählen sind (d'Hondtsches System). Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Sitze, als Höchstzahlen auf ihn entfallen. Sind Höchstzahlen gleich, entscheidet über die Reihenfolge ihrer Zuteilung das Los. Ein Mitglied des Wahlausschusses zieht das Los (Muster für Verteilung der Sitze siehe Anlage 1 dieser Wahlordnung).

§ 31 Verhältnismahl: Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber

- (1) Die bei der Wahl auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze werden den in den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerbern in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmennzahlen zugeteilt. Haben mehrere Bewerber die gleiche Stimmennzahl erhalten, entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag. Die Bewerber, auf die kein Sitz entfällt, sind in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmennzahlen als Ersatzleute ihres Wahlvorschlags festzustellen (Muster für Verteilung der Sitze siehe Anlage 1 dieser Wahlordnung).
- (2) Entfallen auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze als Bewerber vorhanden sind, bleiben die überschüssigen Sitze unbesetzt (§ 25 Abs. 3 Satz 3 HSchG).

§ 32 Mehrheitswahl: Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber

Findet Mehrheitswahl statt, erhalten die Bewerber mit den höchsten Stimmennzahlen in der Reihenfolge dieser Zahlen

gefordert, der Frage nach zu streichen lassen so viele
Hörschüler auszuscheiden werden, als Bewerber für die
einzelne Kategorie zu wählen sind (d. H. Hörschüler stellen).
Jeder Kandidat erhält so viele Sitze, als Plätze
sich auf ihn einstellen. Sind Hörschüler gleich, aus-
scheidet einer die Mehrzahl unter Beteiligung der Jury.
Ein Mitglied des Wahlkomitees steht den drei Wählern
für Verteilung der Sitze als die dritte, vierte und fünfte
Anzahl.

§ 21 Vorbereitung der Wahl auf die einzelnen Bewerber

(1) Die bei der Wahl auf die einzelnen Kandidaten entfallenden
Sitze werden den an den Wahlberechtigten aufgeführten
Bewerber in der Reihenfolge der von ihnen eingereichten Sitze
nachdem eingereicht. Haben mehrere Bewerber die gleiche
Reihenfolge erhalten, entscheidet die Mehrheit der
Bewerber in Vertretung der Bewerber, auf die Wahl
Sitz entfällt, sind in der Reihenfolge der von ihnen
eingereichten Sitzenzahlen als Bewerber für die Wahl
nachfolgende Bewerber (Wahl der Bewerber der Sitze
siehe Anlage 1 dieser Verordnung).

(2) Stellen auf einer Wahlberechtigung mehr Sitze als Bewerber
vorhanden sind, bleiben die überschüssigen Sitze unbesetzt.
(3) Bei der Wahl der Bewerber.

§ 22 Wahlberechtigung: Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber

Jeder Wahlberechtigter erhält, nachdem die Bewerber mit den
höchsten Reihenfolgen in der Reihenfolge dieser Sitze

einen Sitz. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das Los wird von einem Mitglied des Wahlausschusses gezogen. Die Bewerber, die keinen Sitz erhalten haben, sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen als Ersatzleute festzustellen.

§ 33 Wahlniederschrift

(1) Der Wahlausschuß fertigt eine Wahlniederschrift. Diese hat insbesondere zu enthalten:

1. die Bezeichnung des Ausschusses,
2. die Namen seiner Mitglieder,
3. Vermerke über gefaßte Beschlüsse,
4. die Zahlen der in das Wählerverzeichnis insgesamt eingetragenen Wahlberechtigten, aufgegliedert nach Wahlgruppen,
5. die Gesamtzahl der immatrikulierten wahlberechtigten Studenten,
6. die Gesamtzahl der Abstimmenden, getrennt nach Wahlgruppen,
7. die Gesamtzahlen der gültigen und ungültigen Stimmzettel, getrennt nach Wahlgruppen,
8. die Gesamtzahlen der gültigen Stimmen, getrennt nach Wahlgruppen,
9. das Ergebnis der Nachprüfung von Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen,
10. bei Verhältniswahl: die Zahl der jeweils auf die einzelnen Bewerber und die einzelnen Wahlvorschläge der einzelnen Wahlgruppen insgesamt entfallenen gültigen Stimmen,

11. bei Verhältniswahl: die Errechnung der Höchstzahlen und deren Verteilung auf die Wahlvorschläge der einzelnen Wahlgruppen, die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber und die Feststellung der Ersatzleute,
 12. bei Mehrheitswahl: die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber und die Feststellung der Ersatzleute,
 13. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschusses.
- (2) Mit der Unterzeichnung der Wahl Niederschrift ist das Wahlergebnis festgestellt.

§ 34 Bekanntmachung des Wahlergebnisses

Der Wahlleiter gibt die Namen der gewählten Bewerber an den für amtliche Bekanntmachungen der Universität vorgesehenen Stellen unbeschadet der Wahlprüfung bekannt. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses hat, getrennt nach Wählergruppen, zu enthalten:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Gesamtzahlen der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
3. die Gesamtzahlen der gültigen Stimmen,
4. die Höhe der Wahlbeteiligung,
5. bei Verhältniswahl: die auf die einzelnen Wahlvorschläge und ihrer Bewerber entfallenden gültigen Stimmen unter Angabe der Verteilung der Sitze und Reihenfolge der Gewählten,

11. Bei Vorbestimmung der Erwählung der Wahlberechtigten
und der Wahlberechtigung auf die Wahlberechtigung der
einzelnen Wahlberechtigten, die Verteilung der Stimm-
auf die einzelnen Wahlberechtigten und die Verteilung der
Stimmabgabe.

12. Bei Vorbestimmung der Erwählung der Wahlberechtigten
einzelnen Wahlberechtigten und die Verteilung der Stimm-
abgabe.

13. Die Bestimmungen über die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.

(2) Mit der Unterzeichnung der Wahlberechtigung ist das Wahl-

organisationsgesetz.

§ 34. Bestimmungen über die Wahlberechtigung

Der Wahlberechtigte hat das Recht, den gewählten Bewerber an
die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten der Wahlberechtigten
abzugeben. Dieser Wahlberechtigte hat die Wahlberechtigung
abzugeben. Der Wahlberechtigte hat die Wahlberechtigung
abzugeben. Der Wahlberechtigte hat die Wahlberechtigung
abzugeben.

1. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
2. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.

3. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
4. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
5. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
6. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
7. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
8. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
9. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.
10. Die Wahlberechtigung der Wahlberechtigten.

6. bei Mehrheitswahl: die Namen und die Reihenfolge der Gewählten mit den Zahlen ihrer gültigen Stimmen,
7. für die Wahl zum Großen Senat: die Namen der ersten sechs gewählten Ersatzmitglieder,
8. für die Wahl zum Senat: sämtliche Namen und die Reihenfolge der gewählten Stellvertreter und Ersatzmitglieder,
9. im Falle des § 14 Abs. 3 WO die Namen der Vertreter der einzelnen Wählergruppen, die diese Wählergruppe in den kollegialen Gremien vertreten.

Der Wahlleiter hat mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses die Gewählten, die einen Sitz erhalten haben, schriftlich zu benachrichtigen. Gewählte, die im Falle der Mehrheitswahl ohne Bindung an Wahlvorschläge nicht in einen Wahlvorschlag aufgenommen waren, sollen eine schriftliche Erklärung abgeben, daß sie die Wahl annehmen.

§ 35 Nachrücken von Ersatzmitgliedern

- (1) Das Ausscheiden eines Wahlbewerbers, dem ein Sitz zugeteilt wurde, ist dem Wahlleiter anzuzeigen. Dieser stellt fest, wer anstelle des Ausgeschiedenen nachrückt. Der Wahlleiter verständigt das Ersatzmitglied.
- (2) Eine Mitgliedschaft aufgrund von Wahlen ruht während der Mitgliedschaft kraft Amtes. Für die Zeit des Ruhens der Mitgliedschaft rückt ein Ersatzmitglied nach.

§ 36 Ergänzungswahlen

- (1) Sind in einer Wahlgruppe keine Ersatzmitglieder mehr vorhanden, so ist für diese Gruppe eine Ergänzungswahl vorzu-

nehmen. Wahlberechtigt sind dabei alle Mitglieder der betreffenden Wahlgruppe. Nicht wählbar sind diese Gruppenmitglieder, die noch Mitglieder des betreffenden Gremiums sind. Die übrigen Bestimmungen dieser Wahlordnung finden dabei entsprechende Anwendung.

VII. Wahlprüfung =====

§ 37 Wahlprüfung

- (1) Die Wahl ist mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses, unbeschadet der durch den Wahlprüfungsausschuß durchzuführenden Wahlprüfung, gültig. Der Wahlprüfungsausschuß soll innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses die Wahlen prüfen.
- (2) Der Wahlprüfungsausschuß soll vom Senat vor dem ersten Wahltag bestimmt werden.
- (3) Der Wahlprüfungsausschuß besteht aus drei Mitgliedern der Universität.
- (4) Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses dürfen weder Wahlbewerber noch Mitglied eines Wahlorgans sein.
- (5) Zur Prüfung der Wahl hat der Wahlleiter dem Wahlprüfungsausschuß sämtliche Unterlagen, die zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses gedient haben, vorzulegen. Der Wahlprüfungsausschuß erstattet dem Senat über die Wahlprüfung einen Bericht. Hält der Wahlleiter aufgrund des Wahlprüfungsberichts die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig, hat er es aufzuheben und eine neue Feststellung anzuordnen.

beim Wahlverfahren sind dabei alle Mitglieder der
beteiligten Wahlgruppe nicht wählbar eine diesbezügliche
Genehmigung, die nach Mitteilung der beteiligten
Gruppen und die nötigen Bestimmungen dieser Wahl-
ordnung finden dabei entsprechende Anwendung.

VII. Wahlprüfung

§ 37 Wahlprüfung

- (1) Die Wahl ist als der Bestätigung der Wahlprüfung
unbeschadet der durch den Wahlprüfungsausschuss
festgestellten Wahlprüfungskriterien. Der Wahlprüfungsausschuss
soll innerhalb eines Monats nach der Bestätigung der
Wahlprüfung die Wahlprüfung durchführen.
- (2) Der Wahlprüfungsausschuss soll von einem vor dem ersten
Wahltag bestanden werden.
- (3) Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern der
Unterschiede.
- (4) Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses dürfen weder Wahl-
bewerber noch Mitglied eines Wahlkreises sein.
- (5) Der Prüfung der Wahl hat der Wahlleiter der Wahlprüfung
entsprechende schriftliche Unterlagen, die zur Erstellung und
Veröffentlichung des Wahlergebnisses notwendig sind, vorzu-
legen. Der Wahlprüfungsausschuss prüft das Ergebnis der
Wahlprüfung eines Wahlkreises. Mit der Wahlleiter aufgrund
des Wahlprüfungsausschusses die Veröffentlichung des Wahlergebnisses
des Wahlkreises hat er zu unterstützen und eine neue
Veröffentlichung auszugeben.

- (6) Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so ist sie in dem in der Entscheidung bestimmten Umfang zu wiederholen.

§ 30 Wahlgrundsätze

Die Wahlen werden, soweit diese Ordnung nichts anderes bestimmt (§ 51 Abs. 3), nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit durchgeführt. Sie sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.

§ 31 Amtszeit und Zeitpunkt der Wahlen

Die Amtszeit der Fakultätsmitglieder beginnt jeweils am 1. April. Die Wahl soll zu Beginn des vorhergehenden Semesters erfolgen. Der Dekan legt den Wahltermin fest.

§ 32 Wahlorgane

Der Dekan ist Wahlleiter und führt die Wahlen durch. Zur Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen bestellt der Wahlleiter vor der Bekanntmachung der Wahl einen Wahlausschuss, welcher aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretern besteht. Die Mitglieder des Wahlausschusses sind ihrer Stellvertreter, jeweils aus dem Angehörigen des Fachbereichs gewählt. Wahlbevorzugte können nicht Mitglieder des Wahlausschusses sein.

§ 33 Zusammensetzung der Fakultäten

- (1) Die Zusammensetzung der Fakultäten richtet sich nach § 48 Abs. 2 Satz 5 Absatz in Verbindung mit § 30 Grundordnung. Die Mitglieder der Fakultäten nach § 30 Abs. 1 Hoff. 2 a, b und 4 GG werden in

(6) Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl ganz oder teil-

weise für ungültig erklärt, so ist die in dem in der

Entscheidung bestimmte Zeitangabe zu wiederholen.

§ 2 Wahlprüfung

Die Wahlprüfung ist Sache der Wahlprüfungskommission. Diese ist aus drei Mitgliedern zu bilden, die von der Landesversammlung gewählt werden. Ein Mitglied ist der Vorsitzende, zwei Mitglieder sind Stellvertreter. Die Wahlprüfungskommission ist für die Dauer der Wahlperiode tätig.

§ 3 Wahlprüfungsausschuss

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Die Wahlprüfungskommission ist in der Wahlprüfungskommission tätig.

Teil B Fakultäten

=====

§ 38 Wahlgrundsätze

Die Wahlen werden, soweit diese Ordnung nichts anderes bestimmt (§ 51 Abs. 3), nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Sie sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.

§ 39 Amtszeit und Zeitpunkt der Wahlen

Die Amtszeit der Fakultätsmitglieder beginnt jeweils am 1. April. Die Wahl soll zu Beginn des vorhergehenden Semesters erfolgen. Der Dekan legt den Wahltermin fest.

§ 40 Wahlorgane

Der Dekan ist Wahlleiter und führt die Wahlen durch. Zur Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen bestellt der Wahlleiter vor der Bekanntmachung der Wahl einen Wahlausschuß, welcher aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretern besteht. Die Mitglieder des Wahlausschusses und ihre Stellvertreter werden aus den Angehörigen des Fachbereichs bestellt. Wahlbewerber können nicht Mitglieder des Wahlausschusses sein.

§ 41 Zusammensetzung der Fakultäten

- (1) Die Zusammensetzung der Fakultäten richtet sich nach § 12 Abs. 2 Satz 5 HSchG in Verbindung mit § 30 Grundordnung. Die Mitglieder der Fakultäten nach § 30 Abs. 1 Ziff. 2 a, b und d GO werden in

Vollversammlungen der betreffenden Gruppen im Fachbereich, die Vertreter der Studenten in einer Vollversammlung der den Fachbereichen zugeordneten Fachschaften gewählt. Die Zuordnung von Fachschaften zu Fachbereichen ist in Anlage 3 dieser Wahlordnung geregelt.

- (2) Der Wahlleiter stellt zusammen mit dem Wahlausschuß fest, wieviele Mitglieder in den einzelnen Gruppen zu wählen sind.

§ 42 Bekanntmachung der Wahlen

Der Wahlleiter hat im Benehmen mit dem Wahlausschuß die Wahl spätestens 14 Tage vor dem Wahltag durch Anschlag im Fachbereich bekanntzumachen. Die Bekanntmachung muß enthalten:

1. den Tag und die Zeit der jeweiligen Vollversammlung,
2. die Lage des Versammlungsraumes,
3. die Zahl der von den einzelnen Wählergruppen zu wählenden Mitglieder,
4. daß jeder Wähler so viele Stimmen hat, wie Kandidaten seiner Wahlgruppe zu wählen sind,
5. die Aufforderung, daß Wahlvorschläge beim Wahlausschuß zu Beginn der Vollversammlung einzureichen sind, wobei auf die Form und auf den Inhalt der Wahlvorschläge hinzuweisen ist,
6. daß nur durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum gewählt werden kann,
7. daß nur wählen kann, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist,
8. daß Studenten mit dem Studentenausweis, versehen mit der gültigen Semestermarke, wählen können,

Wahlberechtigungen der betreffenden Gruppe im Wahlkreis, die
Vertreter der Gruppe in einer Wahlversammlung der Wahl-
berechtigen zusammenzusetzen. Die Wahlversammlung
besteht aus Wahlberechtigten, die in Anlage 3 dieser Verord-
nung genannt sind.

Der Wahlleiter stellt zusammen mit dem Wahlkomitee eine
Liste der Mitglieder der Wahlberechtigten Gruppe auf, die
in der Wahlversammlung der Wahlberechtigten aufgeführt sind.

Bestimmung der Wahl

Der Wahlleiter hat im Benehmen mit dem Wahlkomitee die Wahl-
versammlungen der Wahlberechtigten durchzuführen. Die Wahl-
versammlungen der Wahlberechtigten sind öffentlich. Die Wahl-
versammlungen der Wahlberechtigten sind öffentlich.

Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.
Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.

Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.
Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.

Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.
Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.

Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.
Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.

Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.
Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.

Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.
Die Wahlversammlung der Wahlberechtigten ist öffentlich.

9. daß die Studenten der Fachschaften, deren Hauptfächer dem betreffenden Fachbereich zugeordnet, in diesem Fachbereich wahlberechtigt sind,
10. daß ein Wahlberechtigter, der verschiedenen Wahlgruppen angehört, nur in einer Wahlgruppe wahlberechtigt ist, und
11. ein Hinweis auf Ort und Zeit der Auslegung des Wählerverzeichnisses.

§ 43 Wählerverzeichnis

Die Aufstellung des Wählerverzeichnisses erfolgt durch den Wahlleiter. Das Wählerverzeichnis ist fünf Vorlesungstage vor dem Beginn der Wahl in der Geschäftsstelle des Wahlleiters aufzulegen. Es ist getrennt nach Wahlgruppen aufzustellen. In das Wählerverzeichnis werden alle Wahlberechtigten des Fachbereichs mit Ausnahme der Studenten eingetragen. Wahlberechtigte, die verschiedenen Wahlgruppen angehören, werden nur bei einer Wahlgruppe eingetragen. Für die Gruppe der Studenten wird kein Wählerverzeichnis aufgestellt.

§ 44 Berichtigung des Wählerverzeichnisses

Das Wählerverzeichnis kann bis zum Beginn der jeweiligen Vollversammlung von Amts wegen berichtigt und ergänzt werden. Jeder Wahlberechtigte, der das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann dessen Berichtigung bis zum Beginn der jeweiligen Vollversammlung beantragen. Über den Berichtigungsantrag entscheidet der Wahlausschuß.

9. Das die Stabschefen der Landwehr, deren Hauptstellen den betreffenden Landwehrbezirken entsprechen, in diesem Landwehrbezirk verbleibend bleiben.
10. Das die Wahlberechtigten, der verschiedenen Wahlgruppen angehört, nur in einer Wahlgruppe wahlberechtigt ist, und
11. ein Hinweis auf Ort und Zeit der Abhaltung des Wahlverfahrens.

Wahlverfahren

Die Abhaltung des Wahlverfahrens erfolgt durch den Wahlleiter. Der Wahlleiter ist der Leiter der Wahlkommission. Die Wahlkommission ist die oberste Behörde der Wahl. Sie ist für die Durchführung der Wahl verantwortlich. Die Wahlkommission ist aus den folgenden Mitgliedern zu bestehen:

- a) Der Wahlleiter.
- b) Der Vorsitzende der Wahlkommission.
- c) Der Stellvertreter des Vorsitzenden.
- d) Der Schriftführer.
- e) Der Protokollführer.
- f) Der Kontrolleur.
- g) Der Zähler.
- h) Der Stenograph.
- i) Der Dolmetscher.
- j) Der Übersetzer.
- k) Der Dolmetscher.
- l) Der Übersetzer.
- m) Der Dolmetscher.
- n) Der Übersetzer.
- o) Der Dolmetscher.
- p) Der Übersetzer.
- q) Der Dolmetscher.
- r) Der Übersetzer.
- s) Der Dolmetscher.
- t) Der Übersetzer.
- u) Der Dolmetscher.
- v) Der Übersetzer.
- w) Der Dolmetscher.
- x) Der Übersetzer.
- y) Der Dolmetscher.
- z) Der Übersetzer.

Wahlverfahren

Das Wahlverfahren kann die von den Mitgliedern der jeweiligen Wahlkommissionen festgelegten Bestimmungen entsprechen oder abweichen. Die Wahlkommissionen sind für die Durchführung der Wahl verantwortlich. Die Wahlkommissionen sind aus den folgenden Mitgliedern zu bestehen:

- a) Der Wahlleiter.
- b) Der Vorsitzende der Wahlkommission.
- c) Der Stellvertreter des Vorsitzenden.
- d) Der Schriftführer.
- e) Der Protokollführer.
- f) Der Kontrolleur.
- g) Der Zähler.
- h) Der Stenograph.
- i) Der Dolmetscher.
- j) Der Übersetzer.
- k) Der Dolmetscher.
- l) Der Übersetzer.
- m) Der Dolmetscher.
- n) Der Übersetzer.
- o) Der Dolmetscher.
- p) Der Übersetzer.
- q) Der Dolmetscher.
- r) Der Übersetzer.
- s) Der Dolmetscher.
- t) Der Übersetzer.
- u) Der Dolmetscher.
- v) Der Übersetzer.
- w) Der Dolmetscher.
- x) Der Übersetzer.
- y) Der Dolmetscher.
- z) Der Übersetzer.

§ 45 Wahlvorschläge

- (1) Wahlvorschläge müssen spätestens bis zum Beginn der Vollversammlung schriftlich beim Wahlleiter eingereicht werden. Dem Wahlvorschlag muß das schriftliche Einverständnis des Kandidaten beigelegt sein, daß er im Falle seiner Wahl das Amt annehme. Die Wahlvorschläge sind vom Wahlausschuß zu prüfen und zuzulassen, wenn das aktive und passive Wahlrecht des Kandidaten in dieser Gruppe festgestellt wird.
- (2) Jeder Wahlvorschlag ist bei weniger als 300 Wahlberechtigten von mindestens 10 v.H. bzw. von mindestens 2 Wahlberechtigten zu unterzeichnen. Bei mehr als 300 Wahlberechtigten sind 30 Unterschriften notwendig. Ein Wahlberechtigter kann nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Ein Wahlvorschlag darf höchstens doppelt so viele Bewerber enthalten, als Mitglieder zu wählen sind.

§ 46 Wahlrecht und Wählbarkeit

- (1) Mit Ausnahme der Studenten sind wahlberechtigt und wählbar alle Mitglieder der Gruppen und die ihnen gem. § 11 Abs. 2 HSchG gleichgestellten Personen, welche in das Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Eintragung ist bis zum Beginn der Wahl zulässig.
- (2) Studenten sind wahlberechtigt, wenn sie immatrikuliert sind. Wählbar sind die Studenten, die in einem Hauptfach an der Universität Stuttgart zugelassen wurden. Jeder Student ist in allen für seine Hauptfächer zuständigen Fachbereichen

wahlberechtigt. Er kann jedoch nur in eine Fakultät dieser Fachbereiche gewählt werden.

- (3) Vor der Wahl gibt der Rektor die für die jeweiligen Hauptfächer zuständigen Fachbereiche dem Wahlleiter bekannt. Der Wahlleiter hat dies im Fachbereich bekanntzugeben.

§ 47 Stimmzettel

Bei der Abstimmung sind amtliche Stimmzettel zu verwenden. Für die Herstellung der Stimmzettel sorgt der Wahlleiter. Er hat darauf zu achten, daß in den Wahlräumen Stimmzettel in ausreichender Zahl bereitgehalten werden (Form der Stimmzettel siehe Anlage 2 dieser Wahlordnung).

§ 48 Durchführung der Wahl

- (1) Der Wahlleiter eröffnet die Versammlung und leitet sie. Er erteilt und entzieht das Wort. Der Wahlausschuß entscheidet in Streitigkeiten über die Auslegung dieser Wahlordnung.
- (2) Zu Beginn der Versammlung gibt der Wahlleiter die Zahl der eingereichten und zugelassenen Wahlvorschläge und die Namen der Kandidaten bekannt. Der Wahlleiter schreibt die zugelassenen Wahlvorschläge mit den Namen der Kandidaten an die Tafel im Versammlungsraum. Außerdem sollen die Wahlvorschläge in den Wahlkabinen oder Abstimmvorrichtungen angebracht werden.
- (3) Wird nur ein gültiger oder kein Wahlvorschlag eingereicht, findet Mehrheitswahl statt. In diesem Fall kann, unabhängig von den bereits schriftlich vorgeschlagenen Kandidaten,

Wahlberechtigte. Er kann jedoch auch in einer Wahlkreis-
Wahlberechtigte gewählt werden.

(2) Vor der Wahl gibt der Beamte die für die jeweiligen Wahl-
kreise zuständigen Wahlkreise dem Wahlleiter bekannt.
Der Wahlleiter hat dies in besonderen Bescheiden zu tun.

Stimmzettel

§ 47

Bei der Abstimmung sind amtliche Stimmzettel zu verwenden.
Für die Herstellung der Stimmzettel sorgt der Wahlleiter.
Er hat darauf zu achten, daß in den Wahlkreisen Stimmzettel
in ausreichender Zahl bereitgestellt werden (Zahl der
Stimmzettel nicht Anlage 2 dieser Verordnung).

Durchführung der Wahl

§ 48

(1) Der Wahlleiter eröffnet die Versammlung und leitet sie. Er
ordnet und überwacht das Wahlverfahren. Der Wahlleiter entscheidet
in Streitigkeiten über die Auslegung dieser Wahlordnung.

(2) Zu Beginn der Versammlung gibt der Wahlleiter die Zahl der
eingetragenen und zugelassenen Wahlberechtigten und die Namen
der Kandidaten bekannt. Der Wahlleiter schreibt die zuge-
lassenen Wahlberechtigten mit den Namen der Kandidaten an
die Tafel im Versammlungsraum. Außerdem sollen die Wahlvor-
stände in den Wahlkreisen über die Wahlberechtigung aufge-
klärt werden.

(3) Wird ein Bürger oder kein Wahlberechtigter eingetragen,
kann Wahlberechtigung statt. In diesem Fall kann, wenn möglich,
von den bereits schriftlich vorgeschlagenen Kandidaten

jeder Gruppenangehörige zur Wahl vorgeschlagen werden.
Wird kein Gruppenangehöriger zur Wahl vorgeschlagen, ist
jeder Gruppenangehörige wählbar.

- (4) Wahlberechtigte können ihr Wahlrecht nur persönlich im Wahlraum ausüben und müssen, soweit sie nicht Studenten sind, in das Wählerverzeichnis eingetragen sein. Studenten weisen ihre Wahlberechtigung durch Vorlage des Studentenausweises, versehen mit der gültigen Semestermarke, nach.
- (5) Der Wahlleiter erklärt die Abstimmung für beendet. Anschließend erfolgt die Stimmenauszählung und die Ermittlung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuß. Es ist hierbei entsprechend von Teil A §§ 29 - 32 dieser Wahlordnung zu verfahren. Nach Abschluß der Stimmenauszählung gibt der Wahlleiter das Wahlergebnis unverzüglich an den dafür vorgesehenen Stellen im Fachbereich bekannt.
- (6) Der Wahlausschuß fertigt eine Niederschrift.

§ 49 Gültigkeit der Wahl

Die Wahl ist, unbeschadet der Wahlprüfung, mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses gültig.

§ 50 Wahlprüfung

Die zum Zeitpunkt der Wahl amtierende Fakultät bestellt drei Mitglieder des Fachbereichs für den Wahlprüfungsausschuß. Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses dürfen weder Wahlbewerber noch Mitglied eines Wahlorgans sein.

Jeder Wahlgangberechtigte zur Wahl vorgeschrieben werden.
Wird kein Wahlgangberechtigte zur Wahl vorgeschrieben, ist
jeder Wahlgangberechtigte wahlbar.

Wahlberechtigte können ihr Wahlrecht nur persönlich im
Wahlraum ausüben und müssen, soweit sie nicht Eindeutigen
sind, in das Wahlverzeichnis eingetragen sein. Eindeutigen
weisen ihre Wahlberechtigung durch Vorlage des Stimmzettels
auszuweisen, verbunden mit der richtigen Stimmabgabe, nach.

Der Wahlleiter erklärt die Abstammung für beendet. An-
schließend erfolgt die Stimmabgabe und die Ermittlung
lang des Wahlergebnisses durch die Wahlkommission. Es ist
hierbei entsprechend der Teil A §§ 29 - 32 dieser Wahl-
ordnung zu verfahren. Nach Abschluss der Stimmabgabe
gibt der Wahlleiter den Wahlzettel unverzüglich an den
dafür vorgesehenen Beamten in Empfang und bekannt.

Der Wahlschein ist für eine Wahlberechtigung.

Wahlverfahren

Die Wahl ist, nachdem der Wahlleiter die Wahlberechtigung
nach dem Wahlverzeichnis geprüft.

Wahlverfahren

Die zur Zeit der Wahl amtierende Person ist berechtigt
auch Mitglieder des Wahlvereins für den Wahlkreis zu
nennen. Mitglieder des Wahlvereins können
weiter Wahlberechtigte nach Mitglied eines Wahlvereins sein.

Zur Prüfung der Wahl hat der Wahlleiter dem Wahlprüfungsausschuß sämtliche Unterlagen, die zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses gedient haben, vorzulegen.

§ 51 Anzuwendende Bestimmungen

Soweit diese Wahlordnung Teil B (Wahlordnung für die Wahlen zu den Fakultäten) nichts anderes vorsieht, gelten auch die Bestimmungen der Wahlordnung Teil A (Wahlordnung für die Wahlen zum Großen Senat und Senat) §§ 2, 22, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34 und 35.

Schlußbestimmungen
=====

§ 52 Bestimmung von Fristen

Auf die Berechnung der in dieser Wahlordnung bestimmten Fristen finden die Vorschriften der §§ 186 - 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechende Anwendung.

§ 53 Außerkräfttreten der bisherigen Wahlordnung

Die bisherige Wahlordnung der Universität Stuttgart vom 8.2.1971 in der Fassung vom 17.8.1971 tritt mit Inkrafttreten dieser Wahlordnung außer Kraft.

§ 54 Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Zur Prüfung der Wahl hat der Wahlleiter den Wahlprüfungs-
sachverständigen beauftragt, die zur Prüfung und Feststel-
lung des Wahlergebnisses geeignet sind, vorzulegen.

Bestimmungen über die Wahlprüfung

Bestimmungen über die Wahlprüfung Teil B (Wahlprüfung für die Wahl-
en der Wahlprüfung) werden in der Wahlprüfung, gelten auch die
Bestimmungen der Wahlprüfung Teil A (Wahlprüfung für die
Wahlprüfung der Wahlprüfung und Wahlprüfung) §§ 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8,
9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15.

Schlichtungsausschüsse

Bestimmung von Prüfern

Auf die Bestimmung der in dieser Wahlprüfung bestimmten
Prüfer finden die Vorschriften der §§ 128 - 132 der
Wahlprüfung Gesetzesbuch entsprechende Anwendung.

Auftraggeber der Wahlprüfung

Die Wahlprüfung der Wahlprüfung der Wahlprüfung ist
am 1.1.1971 in der Fassung von 17.1.1971 durch die Wahl-
prüfung der Wahlprüfung der Wahlprüfung.

Bestimmung

Die Wahlprüfung ist mit dieser Bestimmung in Kraft.

Anlage 1 zur Wahlordnung
der Universität Stuttgart

Beispiel der Sitzverteilung bei der Durchführung der Verhältniswahl
gem. §§ 30 und 31 WO

a) Oberverteilung:

Wahlvorschlag	A	B	C
Zahl der zu be- setzenden Sitze: 6			
Gesamtstimmenzahl der Wahlvorschläge	<u>238</u>	<u>485</u>	<u>134</u>
Stimmenzahl geteilt durch 1	238 (3)	485 (1)	134 (5)
" 2	119	242,5 (2)	67
" 3	79,3	161,6 (4)	44,6
" 4	59,5	121,2 (6)	33,5
Zahl der Sitze	1	4	1 = 6 Sitze

b) Unterverteilung

Bei der Unterverteilung der auf die Wahlvorschläge entfallenden Sitze auf die Bewerber entscheidet die Stimmenzahl der einzelnen Bewerber. Stellvertreter bzw. Ersatzmitglieder sind die auf den einzelnen Wahlvorschlägen genannten Bewerber mit den nächsthöchsten Stimmenzahlen.

Beispiel der Sitzverteilung bei der Wahlprüfung der Wahlprüfung

neu 22.10. und 22.11.

a) Gesamtverteilung			
Wahlkreis	Wahlberechtigte	Zahl der zu- gesetzten Stimmen	Gesamtstimmenzahl der Wahlberechtigte
1	100	10	110
2	100	10	110
3	100	10	110
4	100	10	110
5	100	10	110
6	100	10	110
7	100	10	110
8	100	10	110
9	100	10	110
10	100	10	110
11	100	10	110
12	100	10	110
13	100	10	110
14	100	10	110
15	100	10	110
16	100	10	110
17	100	10	110
18	100	10	110
19	100	10	110
20	100	10	110
21	100	10	110
22	100	10	110
23	100	10	110
24	100	10	110
25	100	10	110
26	100	10	110
27	100	10	110
28	100	10	110
29	100	10	110
30	100	10	110
31	100	10	110
32	100	10	110
33	100	10	110
34	100	10	110
35	100	10	110
36	100	10	110
37	100	10	110
38	100	10	110
39	100	10	110
40	100	10	110
41	100	10	110
42	100	10	110
43	100	10	110
44	100	10	110
45	100	10	110
46	100	10	110
47	100	10	110
48	100	10	110
49	100	10	110
50	100	10	110
51	100	10	110
52	100	10	110
53	100	10	110
54	100	10	110
55	100	10	110
56	100	10	110
57	100	10	110
58	100	10	110
59	100	10	110
60	100	10	110
61	100	10	110
62	100	10	110
63	100	10	110
64	100	10	110
65	100	10	110
66	100	10	110
67	100	10	110
68	100	10	110
69	100	10	110
70	100	10	110
71	100	10	110
72	100	10	110
73	100	10	110
74	100	10	110
75	100	10	110
76	100	10	110
77	100	10	110
78	100	10	110
79	100	10	110
80	100	10	110
81	100	10	110
82	100	10	110
83	100	10	110
84	100	10	110
85	100	10	110
86	100	10	110
87	100	10	110
88	100	10	110
89	100	10	110
90	100	10	110
91	100	10	110
92	100	10	110
93	100	10	110
94	100	10	110
95	100	10	110
96	100	10	110
97	100	10	110
98	100	10	110
99	100	10	110
100	100	10	110

Zahl der Stimm- 1 = 2 Stimm

b) Gesamtverteilung

Bei der Wahlprüfung der mit der Wahlprüfung verbundenen
Stimmen und die Bewerber, welche die Stimmzahl der einzelnen
Bewerber, Stimmzahl der Wahlprüfung sind die mit den
einzelnen Wahlberechtigten genannten Bewerber mit den Wahlberechtigten
Stimmzahl.

Anlage 2 zur Wahlordnung
der Universität Stuttgart

(Muster)

S T I M M Z E T T E L

=====

für die Wahl zur Fakultät des Fachbereichs Chemie (3)
der Universität Stuttgart am Jan. 1974

Wahlgruppe: Ak. Mittelbau

Bitte beachten:

- 1.) Bitte tragen Sie die Namen der von Ihnen gewählten
Kandidaten in Blockschrift ein
- 2.) Jeder Wähler hat Stimmen
- 3.) Stimmenhäufung ist nicht möglich

Nr.	Name
1	
2	
3	
4	
5	
6	

(Kontext)

STIMMEN

Im die Wahl zum Sachverständigen (2)

Wahlgruppe der Männer

Bitte beachten:

- 1.) Bitte tragen Sie die Namen der von Ihnen gewählten Kandidaten in Stichworten ein
- 2.) Jeder Wahlkreis hat 3 Stimmen
- 3.) Stimmverteilung ist nicht möglich

Name

FACHBEREICHE UND ZUGEORNETE HAUPTFÄCHER
BZW. FACHSCHAFTEN

FB	HF	FS
1 Baukonstruktion	2	2
2 Bauplanung	2	2
3 Chemie	5	5
4 Elektr.Energietechnik	6	6
5 Elektr.Nachrichtentechnik	6	6
6 Energietechnik	18	13
7 Fertigungstechnik	18	13
8 Geodäsie	7	7
9 Geo- und Biowissenschaften	4,8,9,21	4,8,17
10 Geschichts-, Sozial- u. Wirtschaftswissenschaften	11,12,14,25,29	10,20,22
11 Konstr.-Ingenieurbau	3	3
12 Luft-u.Raumfahrttech.	17	12
13 Mathematik	19	14
14 Orts-, Regional- und Landesplanung	2	2
15 Philosophie und Sprachwissenschaften	1,10,16,22,23,26	1,9,16,18,21
16 Physik	24	19
17 Verfahrenstechnik	18,27,28	13
18 Wasser- und Verkehrswesen	3	3

FACHSCHAFTEN UND ZUGEORNETE HAUPTFÄCHER
BZW. FACHBEREICHE

FS	HF	FB
1 Anglistik	1	15
2 Architektur	2	1,2,14
3 Bauingenieurwesen	3	11,18
4 Biologie	4	9
5 Chemie	5,15	3
6 Elektrotechnik	6	4,5
7 Geodäsie	7	8
8 Geographie/Geologie	8,21	9
9 Germanistik	10,16	15
10 Geschichte	11,12,14	10
11 Informatik	13	13
12 Luftfahrttechnik	17	12
13 Maschinenbau	18,27,28	6,7,17
14 Mathematik	19	13
15 Metallkunde	20	3
16 Pädagogik	22	15
17 Paläontologie	9	9
18 Philosophie	23	15
19 Physik	24	16
20 Politologie	25	10
21 Romanistik	26	15
22 VWL/BWL	29	10

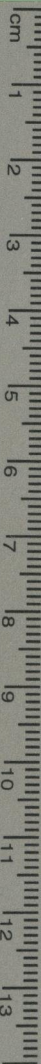
HAUPTFÄCHER UND ZUGEORNETE FACHSCHAFTEN
BZW. FACHBEREICHE

HF	FS	FB
1 Anglistik	1	15
2 Architektur	2	1,2,14
3 Bauingenieurwesen	3	11,18
4 Biologie	4	9
5 Chemie	5	3
6 Elektrotechnik	6	4,5
7 Geodäsie	7	8
8 Geographie	8	9
9 Geologie	17	9
10 Germanistik	9	15
11 Geschichte	10	10
12 Geschichte d. Naturwissenschaften	10	10
13 Informatik	11	13
14 Kunstgeschichte	10	10
15 Lebensmittelchemie	5	3
16 Linguistik	9	10
17 Luftfahrttechnik	12	12
18 Maschinenbau	13	6,7,17
19 Mathematik	14	13
20 Metallkunde	15	3
21 Mineralogie	8	9
22 Pädagogik	16	15
23 Philosophie	18	15
24 Physik	19	16
25 Politikwissenschaft	20	10
26 Romanistik	21	15
27 Techn.Kybernetik	13	17
28 Verfahrenstechnik	13	17
29 Wirtschaftswissenschaften	22	10

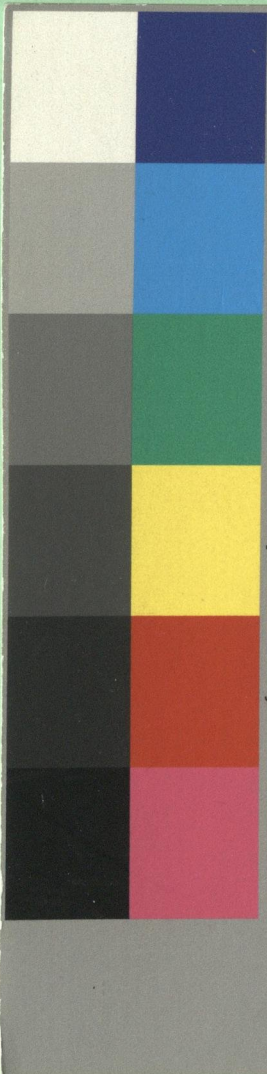
Anlage 3
zur Wahlordnung der
Universität
Stuttgart

Stand Dezember 1973

Colour & Grey Control Chart



Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta
White	Grey 1	Grey 2	Grey 3	Grey 4	Black



W. A. L. O. R. I. M. A. W.

W. A. L. O. R. I. M. A. W.